

26. Mai 2008

Bericht des EU-Parlamentes zum Freiwilligenwesen

Freiwillige sozial und wirtschaftlich nicht wegzudenken

Über 100 Millionen Freiwillige in der EU leisten einen wirtschaftlichen Beitrag in der Höhe von mehr als 1,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Pro Euro, der für Freiwilligentätigkeit ausgegeben wird, wird ein Ertrag von bis zu acht Euro erzielt. Das zeigt ein aktueller Bericht des Europäischen Parlaments über Freiwilligentätigkeit auf.

Der Freiwilligentätigkeit kommt demnach aber nicht nur ein messbarer wirtschaftlicher Wert zu, sie kann auch zu beträchtlichen Einsparungen bei öffentlichen Dienstleistungen führen, trägt zur persönlichen und sozialen Entwicklung bei und wirkt sich positiv auf die Gemeinschaft aus.

Das EU-Parlament tritt deshalb dafür ein, mit Freiwilligenorganisationen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten sowie Pläne und Strategien zur Anerkennung, Bewertung, Unterstützung, Erleichterung und Ermutigung von Freiwilligentätigkeiten zu entwickeln. Konsequenterweise fordern die Europa-Abgeordneten deshalb die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften dazu auf, Freiwilligenorganisationen ausreichend und nachhaltig zu finanzieren.

Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank sieht durch diesen Bericht den niederösterreichischen Weg eindrucksvoll bestätigt: „Keine Region in Europa kann ein Freiwilligenwesen vorweisen, das dem niederösterreichischen gleichkommt. Nirgendwo sonst findet man derart viele engagierte und couragierte Menschen, die sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzen“. Plank fordert deshalb eine entsprechende Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer: Freiwilligentätigkeit müsse so organisiert werden, dass auch sichergestellt ist, dass sie mit dem Familien- und Berufsleben vereinbar ist. Freiwilligentätigkeit schaffe Sozialkapital mit positiven Auswirkungen auf das regionale Wirtschaftswachstum. Geld für freiwillige Helfer sei daher eine gute Investition.

Auch Landesfeuerwehrkommandant Josef Buchta freut sich über den Bericht aus Brüssel: „Da steht vieles drin, das wir bei der Freiwilligen Feuerwehr bereits vorweggenommen haben.“ Niederösterreichs Feuerwehrchef pocht aber auch auf die Forderungen der Europaparlamentarier an die Kommission. Diese fordern neben einer Steuerbefreiung der Freiwilligenorganisationen auch eine Steuerfreiheit von Spenden an diese Organisationen. Auch die vom EU-Parlament geforderten Unfallversicherungen der freiwilligen Helfer, etwa in Form von ausreichendem Impfschutz, seien noch nicht zur Gänze umgesetzt.

Weitere Informationen: Landesfeuerwehrkommando NÖ, Mag. Thomas Neuhauser,

NK Presseinformation

Telefon 0664/101 00 00, e-mail Thomas.Neuhauser@noel.gv.at bzw. Büro LR Plank,
Christian Milota, Telefon 02742/9005-12701, e-mail christian.milota@noel.gv.at.